

Ä1 Grüne Grundprinzipien schützen –Polizeieinsätze sachlich bewerten - Lehren aus dem Dannenröder Forst ziehen

AntragstellerIn: Jacob Spanke (Lahn Dill)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Von Zeile 3 bis 7:

1. Von den Demonstrationen gegen den Bau der BAB 49 geht ein starkes Signal für die Zukunft aus: Autobahnplanungen ~~aus dem vorherigen Jahrhundert gehören auf den Prüfstand und~~ müssen gestoppt und im Sinne einer ~~klimafreundlichen Verkehrspolitik~~ klimagerechten Verkehrswende vollständig ~~in Frage gestellt~~ neu geplant werden. Angesichts einer immer weiter ansteigenden Erderwärmung bedarf es vermehrter Anstrengungen, den Ausstoß klimaschädlicher Stoffe zu verringern und Wälder im Trinkwasserschutzgebiet unter besonderen Schutz zu stellen.

Begründung

Der Sinn des Satzes wird präzisiert und sinnvoll ergänzt. Außerdem würden wir sonst hinter unsere bisherige Beschlusslage zurückfallen.

Unterstützer*innen

Hülya Lehr (Darmstadt-Dieburg); Gerhard Keller (Gießen); Jacob Spanke (Lahn-Dill); Frank Wiebe (Frankfurt); Susanne Schmidt Butzbach (Frankfurt); Martin Pabst (Frankfurt); Asja Linke (Groß Gerau); Michael Tönsmann (Groß Gerau); Tim van Slobbe (Gießen); Stergios Svolos (Gießen)

Ä2 Grüne Grundprinzipien schützen –Polizeieinsätze sachlich bewerten - Lehren aus dem Dannenröder Forst ziehen

AntragstellerIn: Jacob Spanke (Lahn Dill)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:

- Wir bekennen uns zum Recht auf friedlichen Protest **- inklusive Zivilem Ungehorsam -** als Grundprinzip GRÜNER Politik und verteidigen diesen Protest gegen alle Versuche, ihn zu kriminalisieren. Die Meinungs- und

Begründung

Begründung: Wir sollten nicht unsere Wurzeln verleugnen. Die Geschichte der Grünen ist eng verflochten mit friedlichen Protesten gegen die Atomkraft und Startbahn West. Auch hier stellten sich Bewegungen zum Schutz übergeordneter Güter gegen getroffene Beschlüsse und auch damals wurden diese sozialen Bewegungen mit Gewalt versucht zu unterdrücken. Die Behinderung und Verhinderung der Atomwirtschaft hat dazu beigetragen ein Umdenken in Politik und Gesellschaft anzustoßen. Und die friedlichen Proteste gegen die Startbahn West haben die Grundlage für ein neues Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft geschaffen und die Bedeutung von Umweltschutz in Hessen gestärkt. Daher erscheint uns ziviler Ungehorsam als wichtiges Mittel um gesellschaftlichen Wandel zu ermöglichen.

Die Klimakatastrophe zwingt uns zu sofortigem Handeln. Ziviler Ungehorsam und friedliche Proteste sind oft die einzigen Mittel, die Umwelt- und Klimaaktivisti zur Verfügung stehen. Wir Grüne stehen in der Pflicht diesen legitimen Widerstand gegen die Übermacht des Staates zu verteidigen.

Unterstützer*innen

Hülya Lehr (KV Darmstadt-Dieburg); Gerhard Keller (KV Gießen); Jacob Spanke (KV Lahn-Dill); Frank Wiebe (KV Frankfurt); Susanne Schmidt Butzbach (KV Wetterau); Martin Pabst (KV Frankfurt); Asja Linke (KV Groß-Gerau); Michael Tönsmann (KV Groß-Gerau); Tim van Slobbe (KV Gießen); Stergios Svolos (KV Gießen)

Ä3 Grüne Grundprinzipien schützen –Polizeieinsätze sachlich bewerten - Lehren aus dem Dannenröder Forst ziehen

AntragstellerIn: Jacob Spanke (Lahn Dill)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Von Zeile 25 bis 26 einfügen:

3. den Einsatz von Gewalt. 92 Prozent der Hessischen Bevölkerung sehen sich einer aktuellen Umfrage zu Folge im Einklang mit dieser, unserer GRÜNEN Haltung. Wir wissen aber auch, dass gerade bei jüngeren Wählern, mit einer Affinität zu ökologischen Anliegen, der Bau der A49 eine starke Belastungsprobe für unsere Glaubwürdigkeit und Unterstützung darstellt. Diese Herausforderung nehmen wir als Grüne Hessen an und werden uns sogar noch verstärkt für eine klar grün ausgerichtete Politik innerhalb der Landesregierung einsetzen.

Begründung

Zitat aus dem Hessentrend: „In einer Altersgruppe, der jüngsten, zeigt sich jedoch ein umgekehrtes Bild: 56 Prozent der 18- bis 39-Jährigen in ganz Hessen halten das Bäumefällen zugunsten der A49 für falsch.“ Hier sind unsere Wähler der nächsten Jahrzehnte. Wenn wir es nicht schaffen hier zu überzeugen, wird uns dies langfristig sehr teuer zu stehen kommen.“

Unterstützer*innen

Hülya Lehr (KV Darmstadt-Dieburg); Gerhard Keller (KV Gießen); Jacob Spanke (KV Lahn-Dill); Frank Wiebe (KV Frankfurt); Susanne Schmidt Butzbach (KV Wetterau); Martin Pabst (KV Frankfurt); Asja Linke (KV Groß-Gerau); Michael Tönsmann (KV Groß-Gerau); Tim van Slobbe (KV Gießen); Stergios Svolos (KV Gießen)

Ä6 Grüne Grundprinzipien schützen –Polizeieinsätze sachlich bewerten - Lehren aus dem Dannenröder Forst ziehen

AntragstellerIn: Jacob Spanke (Lahn Dill)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Von Zeile 27 bis 29 löschen:

4. ~~Wir können feststellen, dass es bei den Auseinandersetzungen im Dannenröder Forst glücklicherweise nicht zu Unfällen mit bleibenden Schäden für Leib und Leben es gekommen ist.~~

Begründung

Es gab sehr schwere Verletzungen. Dieser Satz würde in der Aktivist*innen Szene als Verspottung der Verletzten ankommen.

Unterstützer*innen

Hülya Lehr (KV Darmstadt-Dieburg); Gerhard Keller (KV Gießen); Jacob Spanke (KV Lahn-Dill); Frank Wiebe (KV Frankfurt); Susanne Schmidt Butzbach (KV Wetterau); Martin Pabst (KV Frankfurt); Asja Linke (KV Groß-Gerau); Michael Tönsmann (KV Groß-Gerau); Tim van Slobbe (KV Gießen); Stergios Svolos (KV Gießen)

Ä5 Grüne Grundprinzipien schützen –Polizeieinsätze sachlich bewerten - Lehren aus dem Dannenröder Forst ziehen

AntragstellerIn: Jacob Spanke (Lahn Dill)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Von Zeile 28 bis 32:

4. glücklicherweise nicht zu Unfällen mit bleibenden Schäden für Leib und Leben es gekommen ist. Dies ist den ~~größtenteils~~ friedlichen Demonstrierenden, ~~größtenteils deeskalierend auftretenden Polizist*innen~~, Journalist*innen, parlamentarischen und kirchlichen Beobachter*innen, den Verbänden und NGO sowie nicht zuletzt auch dem umsichtigen, professionellen und ~~den NGO's~~geduldigen Einsatz der hessischen Polizeibeamte*innen zu verdanken. Dieses Bild können unsere parlamentarischen Beobachterinnen Katy Walther, Bettina Hoffmann und andere Hessische

Von Zeile 35 bis 36 löschen:

4. Unterstützer*innen, Polizist*innen gesprochen und das Geschehen regelmäßig und genau verfolgt. ~~Eine bewusste Eskalation durch die Polizei konnte nicht beobachtet werden.~~

Begründung

Wir verweisen auf den Erfahrungsbericht von Laura Wahl – sie ist ebenfalls grüne Landtagsabgeordnete. In diesem heißt es: „Gegen 14:10 Uhr drang die Polizei dann ohne wahrnehmbare Vorankündigung plötzlich gewaltvoll in das Baumhausdorf ein. Dabei stießen sie unter Tripods vor, in denen Menschen saßen. Hierbei bestand durchaus die Gefahr, dass diese zusammenbrechen und Menschen dadurch gefährdet werden. Später fiel mindestens eine Person durch das Treiben aus dieser Konstruktion. Keine*r wusste, was der Zweck und das Ziel des plötzlichen Einsatzes war und so war die Lage sehr eskalativ. Die Polizei durchbrach gewaltsam die Menschenkette. Sie setzte dazu auch unangekündigt und ziellos Pfefferspray und Schlagstöcke ein. In dem Chaos fielen mehrere Menschen durch das Drängen der Polizei bzw. über herumliegende Äste und den schlammigen Untergrund zu Boden und die Gefahr war hoch, dass sie hätten übertrampelt werden können. Mindestens eine Frau aus unserer Gruppe, die in der Menge stand, bekam mit dem Schlagstock einen Schlag in die Nieren. Ebenso sollte bedacht werden, dass das massive Ungleichgewicht der Akteur*innen - Polizei in Vollschutz und Aktivist*innen in Zivilkleidung - zu einer Gefahrenlage führt. Die Polizei positionierte sich dann zwischen den Barrikaden und Aktivist*innen. Währenddessen kam es zu dem Vorfall, dass laut Augenzeugenberichten eine Person, die vorher gewaltsam von der Polizei aus der Menschenkette gelöst und dabei anscheinend verletzt wurde, mehrere Minuten im Schlamm lag. Dennoch wurden Sanitäter*innen nicht durchgelassen.

Ab ca. 15 Uhr wurden aus Richtung des Polizeicamps auf der Freifläche die Barrikaden zur "Freimachung der Rettungswege" weggeräumt. Ab 15:10 wurde die erste Person aus einem Tripod am Eingang des Baumhausdorfs geräumt. Dabei wurden nacheinander die drei Baumstämme gekürzt, sodass es langsam abgesenkt werden konnte. Gerade bei der zweiten Person war das ein kritisches und gefährdendes Vorgehen. Die Person befand sich weitgehend ungesichert auf einer Schaukel, die ganze Konstruktion wackelte mehrfach stark und die Gefahr eines Unfalls bestand. Nach diesen beiden Räumungen wurden noch Barrikaden auf dem Weg außerhalb des Camps weggeräumt und gegen 17 Uhr alle Gruppen zurückgezogen – mehrere hundert Polizist*innen. Nachdem wir bereits weg waren,

wurden laut übereinstimmenden Aussagen von Aktivisti und Polizei nochmals, nach Ankündigung, Wasserwerfer eingesetzt

Soweit der Bericht, nun zu unserer Einschätzung:

Aus unserer Sicht war vor allem der zweite Polizeieinsatz am Nachmittag gefährlich, überzogen und unnötig. Die offizielle Begründung von Seiten der Polizei war, dass die Rettungswege zum Schutze aller Beteiligten freigeräumt werden müssten. Das hätten sie allerdings ohne Probleme auf dem Weg außerhalb des Baumhausdorfes machen können. Erst durch das unangekündigte und gewaltvolle Eindringen in das Baumhausdorf wurden jedoch Menschen aktiv gefährdet! Den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit empfinden wir hier als nicht gegeben.“

Unterstützer*innen

Hülya Lehr (KV Darmstadt-Dieburg); Gerhard Keller (KV Gießen); Jacob Spanke (KV Lahn-Dill); Frank Wiebe (KV Frankfurt); Susanne Schmidt Butzbach (KV Wetterau); Martin Pabst (KV Frankfurt); Asja Linke (KV Groß-Gerau); Michael Tönsmann (KV Groß-Gerau); Tim van Slobbe (KV Gießen); Stergios Svolos (KV Gießen)

Ä4 Grüne Grundprinzipien schützen –Polizeieinsätze sachlich bewerten - Lehren aus dem Dannenröder Forst ziehen

AntragstellerIn: Jacob Spanke (Lahn Dill)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Von Zeile 39 bis 41 einfügen:

5. demokratischen Rechtsstaates, dass er Fehler erkennt, sie als solche benennt und gegebenenfalls disziplinar- oder strafrechtlich verfolgt. Wir stellen ebenfalls fest, dass es auch zu strukturellen Fehlern der Einsatzleitung gekommen ist. Wir fordern deshalb, dass der polizeiliche Einsatz im Dannenröder Forst zusätzlich zur Aufarbeitung im Innenausschuss

Begründung

Durch den bestehenden Absatz könnte der Eindruck entstehen, dabei handle es sich um Einzelfälle für die ausschließlich die betroffenen Polizist*innen individuelle Verantwortung tragen. Dies empfinden wir einerseits als Abschieben von Verantwortung auf Polizist*innen, die oft nicht böswillig sondern aus Überforderung und/oder fehlerhaften strukturellen Anreizen falsch handeln. Andererseits wird zum Beispiel auch ein Wasserwerfereinsatz nicht von einzelnen Polizist*innen sondern von der Einsatzleitung angeordnet und bedarf dem koordinierten Vorgehen ganzer Einheiten. Der stattgefundenen Wasserwerfereinsatz, wurde aber von (fast) allen Beobachter*innen als unverhältnismäßig und unnötig beurteilt. Hier sind also auch in der Einsatzleitung Fehler gemacht worden.

Unterstützer*innen

Hülya Lehr (KV Darmstadt-Dieburg); Gerhard Keller (KV Gießen); Jacob Spanke (KV Lahn-Dill); Frank Wiebe (KV Frankfurt); Susanne Schmidt Butzbach (KV Wetterau); Martin Pabst (KV Frankfurt); Asja Linke (KV Groß-Gerau); Michael Tönsmann (KV Groß-Gerau); Tim van Slobbe (KV Gießen); Stergios Svolos (KV Gießen)